

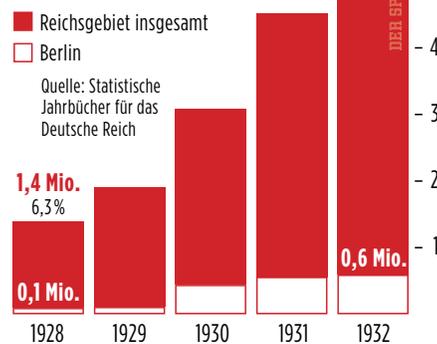
In seinem Buch „Spazieren in Berlin“ beschrieb der Schriftsteller Franz Hessel 1929 die Gesichter des Elends. Auf einer Wanderung durch den Norden der Hauptstadt sah er „Meyer’s Hof“, einen berüchtigten Mietskasernenbau, damals eine Hochburg des proletarischen Milieus. Den Autor berührten vor allem die „blassen Kinder, die da herumlungern und auf den Stufen zu den drei, vier oder mehr Eingängen der lichtlosen Quergebäude hocken“ und deren Spielzeuge Mülleimer waren.

Die Zahl der Beschäftigten in Berlin stürzte von 1,06 Millionen im Jahr 1928 auf rund 250 000 im Jahr 1932 ab, Fürsorgeempfänger mussten mit monatlich 51 Mark pro Ehepaar auskommen.

Die angespannte Lage sah die KPD als revolutionäre Chance. Sie musste im „roten Berlin“ Präsenz zeigen und wollte sich nicht an das Demonstrationsverbot des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Karl Zörgiebel für den 1. Mai 1929 halten.

Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik

zwischen 1928 und 1932



Der „Blutmai“ mit 33 Toten steigerte den Hass der KPD auf die SPD (siehe Kasten). Auf ihrem 12. Parteitag im Juni 1929 im Berliner Wedding erklärten die Führer der KPD ihren Kampf gegen die „sozialfaschistische“ Sozialdemokratie zu einem Hauptziel. Thälmann polemisierte: „Wir sind die Partei des Aufstiegs, der Sozialfaschismus die Partei des Niedergangs.“ Es stünden „Krieg und Revo-

lution“ auf der Tagesordnung. Kein Wort von der Verteidigung der Republik.

Nicht Revolutionsstreben, sondern Verzweiflung trieb Hunderttausende Arbeiter zur stalinistischen KPD. In Berlin war sie seit 1930 wählerstärkste Partei, auch im Parlament strotzte sie vor Siegesgewissheit: „Die Kommunistische Partei“, behauptete Ulbricht 1932 im Reichstag, sei „die einzige politische Klassenpartei“, die „die Millionenmassen der Arbeiterschaft“ mobilisiere.

Wegen ihrer überhitzten Revolutionsrhetorik fand die KPD in der Mehrheit der Gesellschaft kein Gehör – auch dann nicht, als sie auf furchtbare Weise recht behalten sollte. Als die SPD 1932 bei der Reichspräsidentenwahl für den Generalfeldmarschall a. D. Paul von Hindenburg als vermeintlichen Gegner Hitlers warb, malten Kommunisten nachts an Häuserwände und Fabrikmauern eine Parole wie ein Menetekel: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“

NAHAUFNAHME

Ein sozialdemokratischer Polizeipräsident ließ auf Arbeiter schießen.

„Blutmai“ im Wedding

Das erste Opfer der Polizeikugeln war ein Sozialdemokrat. Der Klempner Max Gemeinhardt war am 1. Mai 1929 gerade von einer SPD-Kundgebung im Sportpalast in seine Wohnung in der Kösliner Straße zurückgekehrt. Dort hörte er Rufe von Polizisten, er solle die Fenster schließen. Er aber wollte mit den Beamten sprechen. Da traf ihn gegen 13.45 Uhr eine Kugel in die Stirn. Auch der Berliner Polizeipräsident, der den Einsatz befohlen hatte, war Sozialdemokrat. Karl Zörgiebel, folgsamer Parteifunktionär von bescheidenem Intellekt, führte seit Oktober 1926 die Berliner Polizei.

Mit Rückendeckung des Reichsinnenministers Carl Severing und des preußischen Innenministers Albert Grzesinski, beide SPD, verfügte Zörgiebel zum 1. Mai 1929 in Berlin ein Demonstrationsverbot.

Das parteipolitische Motiv: Der SPD missfiel, dass die Maidemonstration des Vorjahres von den Kommunisten beherrscht war.

Zörgiebel ignorierte Warnungen liberaler Politiker und verkündete, er sei „entschlossen, die Staatsautorität in Berlin mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen“.

Trotz Verbotes sammelten sich am 1. Mai in Berlin Tausende von KPD-Anhängern. Polizisten, tagelang kaserniert und scharfgemacht, gingen brachial gegen Kundge-

bungsteilnehmer und Passanten vor, mit Gummiknüppeln und Pistolenschüssen. Dramatisch spitzte sich die Lage in der Kösliner Straße im Wedding zu. In dem Bezirk hatten bei der Reichstagswahl 1928 mehr als 40 Prozent KPD gewählt. In der Kösliner Straße, einem Elendsrevier mit feuchten Wohnungen voller Wanzen, lebten etwa 2500 Arbeiter und Arbeitslose, die mehrheitlich mit der KPD sympathisierten.

Anwohner bewarfen die einrückende Polizei mit Steinen und Flaschen, woraufhin die Beamten schossen. Nach dem Tod des Sozialdemokraten Gemeinhardt errichteten Bewohner Barrikaden aus Baumaterialien, Brettern und Röhren. Die Polizei feuerte massiv in die Straße und rückte schließlich mit Karabinern und einem Panzerwagen samt Maschinengewehr vor.

Vereinzelt schossen auch Straßenbewohner, ohne jedoch einen Polizisten zu treffen. Das Ergebnis der Polizeitaktik waren in Berlin bis zum 3. Mai 33 Todesopfer, unter ihnen ein neuseeländischer Journalist. Die KPD sprach von einem „Blutmai“ und nannte die SPD „Partei des Arbeitermordes“. Die SPD warf der KPD vor, sie habe zum 1. Mai „planmäßig“ einen „Putsch“ vorbereitet.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte kam nach einer Untersuchung im Oktober 1929 zu dem Schluss, die Polizei sei einer „Bürgerkriegspsychose“ erlegen.

Carl von Ossietzky, Herausgeber der unabhängigen linken Wochenzeitschrift „Die Weltbühne“, urteilte, Zörgiebel habe versucht, eine „Staatsautorität“ zu retten, „die durch nichts gefährdet war als durch die Unfähigkeit ihres Inhabers“.

Uwe Klußmann